



Satzung über Erlaubnisse und Gebühren für Sondernutzungen an öffentlichen Straßen in Rust (Sondernutzungssatzung)

Der Gemeinderat der Gemeinde Rust / Ortenaukreis hat am 12.12.2022 auf Grund des § 8 Abs. 1 und 3 des Bundesfernstraßengesetzes, die §§ 16 und 19 des Straßengesetzes für Baden-Württemberg i. V. m. §§ 2 Abs. 1 und 8 des Kommunalabgabengesetzes für Baden-Württemberg sowie § 4 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg in der jeweils geltenden Fassung folgende Satzung beschlossen:

§ 1 Sachlicher und örtlicher Geltungsbereich

- (1) Diese Satzung gilt für alle Gemeindestraßen, Ortsdurchfahrten des Landes und Kreises und sonstige öffentliche Straßen im Gemeindegebiet Rust.
- (2) Straßen im Sinne dieser Satzung sind Straßen, Wege und Plätze, die dem öffentlichen Verkehr gewidmet sind.
- (3) Für den Gebrauch der öffentlichen Straße ist keine Sondernutzungserlaubnis erforderlich, wenn und soweit die Straße zu dem Verkehr benutzt wird, dem sie im Rahmen der Widmung und verkehrsrechtlichen Vorschriften zu dienen bestimmt ist (Gemeingebrauch).
- (4) Für die Benutzung der öffentlichen Straßen über den Gemeingebrauch hinaus (Sondernutzung), werden Gebühren nach Maßgabe dieser Satzung und des beiliegenden Gebührenverzeichnisses erhoben.

§ 2 Sondernutzungserlaubnis

- (1) Die Benutzung der öffentlichen Straßen nach § 1 Abs. 1 und 2 über den Gemeingebrauch hinaus (Sondernutzung) bedarf der Erlaubnis. Dies gilt nicht, wenn
 1. die Benutzung einer Anlage dient, für die eine Baugenehmigung erforderlich ist,
 2. sich die Einräumung von Rechten zu einer Benutzung von Straßen nach § 21 Abs. 1 Straßengesetz nach bürgerlichem Recht richtet.
- (2) Die Erlaubnis wird auf Zeit oder auf Widerruf erteilt. Ein Widerruf erfolgt insbesondere, wenn den Festsetzungen der Erlaubnis zuwidergehandelt wird. Für die Erlaubnis können – soweit auch erforderlich nachträglich – Bedingungen und Auflagen festgesetzt werden.
- (3) Der Erlaubnisinhaber hat bei Widerruf, Einschränkung und Rücknahme der Erlaubnis sowie bei Sperrung, Änderung oder Einziehung der Straße keinen Anspruch auf Entschädigung gegen die Gemeinde.
- (4) Eine nach anderen Vorschriften bestehende Erlaubnis- oder Genehmigungspflicht sowie das daraus resultierende Recht Gebühren zu erheben bleibt unberührt.
- (5) Die Erlaubnis zum Belegen von öffentlichen Straßenflächen gilt nicht an Tagen, an denen die Straßenflächen von der Gemeinde selbst für Veranstaltungen, Baustellen oder Verkehrsumleitungen bzw. von anderen Berechtigten am öffentlichen Straßenraum benötigt werden. Entsprechendes gilt auch für den Fall, dass anderen Veranstaltern die Straßenflächen befristet überlassen werden.

§ 3 Erlaubnisfreie Sondernutzungen

- (1) Keiner Erlaubnis bedarf unter Wahrung der Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs:
 1. Umzüge und Prozessionen von Vereinen und Kirchen,
 2. das Aufstellen von Gegenständen auf öffentlichen Gehwegen und Plätzen durch örtliche Schulen, Vereine und Vereinigungen anlässlich von Veranstaltungen oder Informationsständen,
 3. das Darbieten von Gesangs- und Musikgruppen aus besonderen Anlässen (Jubiläen, Hochzeiten, Geburtstage o. ä.),
 4. das Anbringen von Schutzdächern auf Schaufenstern und Ladeneingängen,
 5. das Ausschmücken des Dorfbildes bei besonderen Anlässen (z. B. Prozessionen, Umzüge, Weihnachtsbeleuchtung),
 6. das Aufstellen von Schildern, Tafeln und Plakatständern (nicht größer als DIN A1) von politischen Parteien, Wählergemeinschaften oder Bewerbern anlässlich von Wahlen und Parteiveranstaltungen in einem Zeitraum von 6 Wochen vor dem Wahltag.
- (2) Sie können untersagt oder eingeschränkt werden, wenn dies im Einzelfall im Interesse der öffentlichen Sicherheit oder Ordnung, insbesondere zur Wahrung der Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs, erforderlich ist

§ 4 Plakatierungsvorschriften

- (1) Die Plakate dürfen die maximale Größe von DIN A1 nicht überschreiten.
- (2) Sie sind an den Laternen in mindestens 2 Metern Höhe so zu befestigen, dass auf dem Gehweg die Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs gewährleistet ist.
Die maximale Anzahl wird auf insgesamt 6 Plakate pro Veranstaltung beschränkt.

§ 5 Zulässigkeit von Sondernutzungen

- (1) Ein Rechtsanspruch auf Erteilung oder Aufrechterhaltung einer Sondernutzungserlaubnis besteht nicht.
- (2) Die Erlaubnis wird versagt oder eingeschränkt, wenn durch die beabsichtigte Nutzung öffentliche Belange, insbesondere die Sicherheit und Leichtigkeit des Straßenverkehrs, beeinträchtigt werden können, und diese Beeinträchtigung durch Nebenbestimmungen nicht hinreichend beseitigt werden kann.

§ 6 Antragsverfahren

- (1) Erlaubnisansträge sind unter Angabe von Ort, Umfang und Dauer der beabsichtigten Sondernutzung vor der Inanspruchnahme der öffentlichen Straße schriftlich, mindestens 2 Wochen vor der beabsichtigten Ausübung der Sondernutzung an die Gemeinde wie auch an das Landratsamt Ortenaukreis zu richten.
- (2) Der Antragsteller hat auf Verlangen Pläne, ergänzende Erläuterungen durch Zeichnungen, textliche Beschreibungen oder sonst erforderliche Unterlagen vorzulegen.
- (3) Eine Sondernutzung ist erst zulässig, wenn die Erlaubnis hierzu schriftlich von der Gemeinde oder dem Landratsamt Ortenaukreis vorliegt.

§ 7 Sondernutzungsgebühren

- (1) Für die Sondernutzung an den in § 1 bezeichneten Straßen werden Gebühren nach dieser Satzung und dem beiliegenden Gebührenverzeichnis (Anlage zur Satzung) erhoben. Gebühren werden auch dann erhoben, wenn eine Erlaubnis für die Sondernutzung nicht beantragt wurde. Die Gebührensätze werden dabei nach Art und Ausmaß der Einwirkung auf die Straße und dem wirtschaftlichen Interesse des Antragstellers bemessen.
- (2) Eine Sondernutzung ist auch dann gebührenpflichtig, wenn sie einer Erlaubnis nach § 8 Abs. 1 und 6 des Bundesfernstraßengesetzes oder § 16 Abs. 1 Satz 1 und Abs. 6 des Straßengesetzes nicht bedarf.
- (3) Soweit die Leistungen, die den in dieser Satzung festgelegten Abgaben, Kostenersätzen und sonstigen Einnahmen (Entgelten) zugrunde liegen, umsatzsteuerpflichtig sind, tritt zu den Entgelten noch die Umsatzsteuer (Mehrwertsteuer) in der im Umsatzsteuergesetz jeweils festgelegten Höhe hinzu.

§ 8 Gebührenfestsetzung

- (1) Die Gebühren werden in einmaligen Beträgen oder in Tages-, Wochen, Monats- oder Jahresbeträgen – in Sonderfällen durch Prozentsätze vom Umsatz oder Sätze je qm – nach Maßgabe des Gebührenverzeichnisses festgesetzt und dabei auf volle Euro-Beträge aufgerundet. Ist die Gebühr niedriger als die im Gebührenverzeichnis festgesetzte Mindestgebühr, so wird die Mindestgebühr erhoben.
- (2) Beginnt oder endet die Sondernutzung im Laufe eines Jahres, so ist bei Sondernutzungen, die für ein Jahr oder länger bewilligt werden, für jeden angefangenen Monat 1/12 der Jahresgebühr zu entrichten. Ist eine Gebühr nach Tagen oder Monaten bemessen, wird die hierfür angesetzte Gebühr auch dann erhoben, wenn die Sondernutzung nur während eines Teils des genannten Zeitraums ausgeübt wird.
- (3) Die Entscheidung über eine in Monats- oder Jahresbeträgen festzusetzende Sondernutzungsgebühr kann geändert werden, wenn sich die im Einzelfall maßgebenden Verhältnisse wesentlich verändert haben.
- (4) Die nach § 3 Abs. 1 von der Erlaubnis freigestellten Sondernutzungen können gebührenfrei in Anspruch genommen werden.
- (5) Von der Erhebung einer Gebühr kann abgesehen werden, wenn die Sondernutzung überwiegend im öffentlichen Interesse liegt oder ausschließlich gemeinnützigen Zwecken oder sonstigen allgemein förderungswürdigen Zwecken dient. Die Erlaubnispflicht wird dadurch nicht berührt.
- (6) Im Rahmen der Amtshilfe, sowie für Veranstaltungen der örtlichen Vereine und Vereinigungen werden keine Sondernutzungsgebühren erhoben.

§ 9 Gebührenschuldner

- (1) Gebühren schuldet:
 1. der Sondernutzungsberechtigte,
 2. der Antragsteller,
 3. wer die Sondernutzung in seinem Interesse ausüben lässt,
 4. wer die Gebührenschuld durch schriftliche Erklärung übernommen hat,
 5. wer für die Gebührenschuld kraft Gesetz haftet,
 6. bei unbefugter Sondernutzung sowohl derjenige, der die Nutzung veranlasst hat als auch derjenige, der sie vorgenommen hat.
- (2) Mehrere Gebührenschuldner haften als Gesamtschuldner.

§ 10 Entstehung der Gebührenschuld

- (1) Die Gebührenschuld entsteht mit der Erteilung der Sondernutzungserlaubnis oder mit der sie ersetzenden Genehmigung. Wird für zunächst unerlaubte Sondernutzungen nachträglich die Erlaubnis erteilt, dann wird auch für die Zeit vor der Erteilung der Sondernutzungserlaubnis die Gebühr erhoben.
- (2) Sind für die Sondernutzung wiederkehrende Jahresgebühren zu entrichten, entsteht die Gebührenschuld für das erste Jahr mit der Erlaubnis oder Genehmigung sowie für die folgenden Jahre mit Beginn des jeweiligen Kalenderjahres.
- (3) Wird eine Sondernutzung ohne Erlaubnis oder Genehmigung ausgeübt, dann entsteht die Gebührenschuld mit der tatsächlichen Ausübung.

§ 11 Fälligkeit der Gebühren

- (1) Die Gebühren werden durch Bescheid festgesetzt. Sie werden einen Monat nach Bekanntgabe des Gebührenbescheids an den Schuldner zur Zahlung fällig.
- (2) Bei Gebühren, die in einem Jahresbetrag festgesetzt werden, wird der auf das laufende Jahr entfallende Betrag mit der Bekanntgabe der Gebührenfestsetzung, die folgende Jahresbeträge jeweils zum 2. Januar des Folgejahres ohne besondere Aufforderung fällig.

§ 12 Rückerstattung

- (1) Wird die Befugnis zur Sondernutzung nicht oder wesentlich vermindert in Anspruch genommen, so wird ein angemessener Teil der Gebühr zurückerstattet, wenn der Gebührenpflichtige dies mit ausreichendem Nachweis beantragt. Der Antrag muss innerhalb eines Monats nach Beendigung der Sondernutzung gestellt werden.
- (2) Beträge unter 10 € werden nicht erstattet.
- (3) Die Abs. 1 und 2 gelten entsprechend, wenn die Sondernutzungserlaubnis nicht in Anspruch genommen wird.

§ 13 Ende der Gebührenpflicht

- (1) Die Gebührenpflicht endet mit dem Ablauf oder dem Widerruf der Erlaubnis oder der Genehmigung.
- (2) Wird die Sondernutzung zu einem früheren Zeitpunkt aufgegeben, endet die Gebührenpflicht mit Ablauf des Tages, an dem die schriftliche Mitteilung des Sondernutzungsberechtigten bei der Gemeinde eingeht oder Anzeige dort zur Niederschrift erstattet wird.

§ 14 Haftung

- (1) Der Erlaubnisnehmer haftet dem Träger der Straßenbaulast für Schäden, die durch die Sondernutzung entstehen. Von Ersatzansprüchen Dritter hat der Erlaubnisnehmer den Straßenbaulaststräger freizustellen.
- (2) Der Erlaubnisnehmer ist verpflichtet, die Sondernutzungsanlage oder den Gegenstand der Sondernutzung nach den gesetzlichen Vorschriften und den anerkannten Regeln der Technik zu errichten und zu unterhalten. Er haftet für die Verkehrssicherheit der angebrachten oder aufgestellten Sondernutzungsanlagen und Gegenstände. Die Gemeinde kann den Abschluss einer ausreichenden Haftpflichtversicherung verlangen.

§ 15 Unerlaubte Sondernutzungen

- (3) Durch die Entrichtung von Gebühren für eine unerlaubte Sondernutzung entsteht kein Rechtsanspruch auf Erteilung einer Sondernutzungserlaubnis, einer Ausnahmegenehmigung, Erlaubnis oder Baugenehmigung.
- (4) Die Verpflichtung zur Gebührenerichtung für eine unerlaubte Sondernutzung wird nicht durch ein in derselben Angelegenheit durchgeführtes Bußgeldverfahren berührt.

§ 16 Anwendung des Kommunalabgabengesetzes

Soweit diese Satzung und gesetzliche Vorschriften nichts anderes bestimmen, sind für die Sondernutzungsgebühren die geltenden Vorschriften des Kommunalabgabengesetzes für Benutzungsgebühren entsprechend anzuwenden.

§ 17 Übergangsvorschriften

Soweit bei Inkrafttreten des Straßengesetzes bestehende Rechte und Befugnisse zur Benutzung von Straßen über den Gemeingebrauch hinaus nach § 57 Abs. 1 bis 3 des Straßengesetzes für Baden-Württemberg als Sondernutzung gelten, werden vor Inkrafttreten dieser Satzung an Gebühren nach dieser Satzung erhoben.

§ 18 Inkrafttreten

Die Satzung tritt am Tage nach der öffentlichen Bekanntmachung in Kraft. Gleichzeitig tritt die Satzung über Erlaubnisse und Gebühren für Sondernutzungen an öffentlichen Straßen vom 25.11.2003 außer Kraft.

Hinweis:

Eine etwaige Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) oder von der auf Grund der GemO erlassenen Verwaltungsvorschriften beim Zustandekommen dieser Satzung wird nach § 4 Abs. 4 GemO unbeachtlich, wenn sie nicht schriftlich innerhalb eines Jahres seit der Bekanntmachung dieser Satzung gegenüber der Gemeinde geltend gemacht worden ist; der Sachverhalt, der die Verletzung begründen soll, ist zu bezeichnen. Dies gilt nicht, wenn die Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzung, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind.



Res. 13. Dezember 2022
Dr. Kai-Achim Klare
Bürgermeister

Gebührenverzeichnis

Anlage zur Satzung über Erlaubnisse und Gebühren für Sondernutzungen an öffentlichen Straßen in Rust (Sondernutzungssatzung)

Vorbemerkung:

Die Verwaltungsgebühr wird nach der aktuell geltenden Verwaltungsgebührensatzung der Gemeinde Rust berechnet.

Nr.	Art der Sondernutzung / Bezeichnung	Gebührenrahmen in € / Bemessungszeitraum
1	Sondernutzung zu gewerblichen Zwecken	
1.1	Kioske, Verkaufs- und Imbissstände	10 – 50 € täglich 20 – 150 € wöchentlich 30 – 300 € monatlich 500 – 2.500 € jährlich
1.2	Aufstellen von Ausstellungswagen, Verkaufswagen und sonstigen fahrbaren Gewerbebetrieben	10 – 50 € täglich 20 – 150 € wöchentlich 30 – 300 € monatlich 500 – 2.500 € jährlich
1.3	Aufstellen von Tischen und Sitzgelegenheiten für einen Gaststättenbetrieb <u>je angefangenem m² beanspruchter Verkehrsfläche</u>	5 – 50 € jährlich
1.4	Warenauslagen mit und ohne Verkaufstätigkeit <u>je angefangenem m² beanspruchter Verkehrsfläche</u>	5 – 50 € monatlich
1.5	Schaukästen, Vitrinen; Automaten und Pflanzkübel <u>je angefangene 0,2 m² beanspruchter Verkehrsfläche</u>	5 – 50 € jährlich
1.6	Angebotstafel	10 – 100 € monatlich
1.7	Transparente	20 € wöchentlich
1.8	<u>Je 3 Plakate</u> , maximale Größe DIN A 1	5 – 50 € wöchentlich
1.9	Werbbestände	10 – 50 € täglich
1.10	Ausstellungen oder Vorführungen <u>je Veranstaltung</u>	50 – 500 € täglich
1.11	Marktstand z. B. am Josefs, Kilwi- und Thomasmarkt; <u>je angefangene laufende 5 m</u>	6 € täglich
1.12	Sonstige Sondernutzung zu gewerblichen Zwecken	5 – 20 € täglich
2	Sondernutzung zu nicht gewerblichen Zwecken	
2.1	Private Verkaufsstände <u>je angefangenem m² Grundfläche</u>	5 – 10 € täglich
2.2	Marktstand, z. B. am Josefs, Kilwi- und Thomasmarkt, <u>je angefangene, laufende 5 m</u>	6 € täglich
2.3	Sonstige Sondernutzungen zu nicht gewerblichen Zwecken	50 – 500 € monatlich
3	Anlagen, Einrichtungen und Lagern von Gegenständen	
3.1	Gerüste <u>je angefangenem Meter</u>	0,50 € wöchentlich
3.2	Bauzaun <u>je angefangenem Meter</u>	0,50 € wöchentlich

3.3	Container	5 – 20 €	wöchentlich
3.4	Kran	5 – 20 €	wöchentlich
3.5	Lagerung von Gegenständen aller Art <u>je angefangene 10 m²</u>	2,50 – 25 €	wöchentlich
		12,50 – 100 €	monatlich
4	Überbauung des öffentlichen Straßenraums		
4.1	Vordächer, Erker, Balkone, Werbeanlagen etc.		einmalig
	- <u>bis 2 m</u> Ausladung je m Länge	75 – 100 €	einmalig
	- <u>über 2 m</u> Ausladung je m Länge	80 – 120 €	
4.2	Stufen, Sockel, etc.	75 – 100 €	einmalig
	- <u>je angefangene 0,3 m</u> Ausladung je m Länge		